

Alternativen zu einer zisterziensischen Wirtschaftspolitik

Der Erzbischof von München und Freising, Dr. Reinhard Kardinal Marx, hat am 06.06.2013 im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland den diesjährigen „Adenauer-Vortrag“ unter dem Thema „Um der Wirtschaft willen – über die Wirtschaft hinaus! Ein Plädoyer für die Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft“ gehalten.

Inhalt waren eine Betrachtung zu den Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft und Anmerkungen zu deren Ausgestaltung heute. Hierbei hob er hervor, dass grundsätzlich natürlich die Marktbeteiligten nach dem Prinzip Angebot und Nachfrage das Marktgeschehen bestimmen, dass jedoch der Staat die Aufgabe habe, immer dann regelnd einzugreifen, wenn die Beteiligten dies nicht leisten können.

Der Aspekt des „Sozialen“ spiegele sich darin wieder, dass es immer um den einzelnen Menschen gehe. In der derzeitigen Diskussion um gesetzliche Mindestlöhne wies er darauf hin, dass diese auch ein Zeichen für das Versagen des Arbeitsmarktes sei. Die Marktbeteiligten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sind nicht in der Lage, sich auf Mindestlöhne in flächendeckenden Tarifverträgen zu einigen, daher greift in diesem Bereich der Staat regelnd ein.

Der Wirtschaftspublizist Dr. Wolfgang Kessler, Chefredakteur der Zeitschrift „Publik Forum“ hat am 25.06.2013 in der Pallottikirche in Vallendar einen Vortrag zum Thema „Zukunft statt Zocken“ - Reise zu gelebten Utopien einer ethischen Wirtschaft“ gehalten.

Ausgehend von den derzeitigen Krisen der Finanzmärkte, in denen sich zeigt, dass die Banken weiterhin bedenkenlos mit dem Geld der Anleger spekulieren

Die Methoden, die Krise zu bewältigen, sind bekannt. Die Armen in Europas Süden und die Steuerzahler im Norden zahlen für das Totalversagen des Finanzsystems.

Das Modell des Wirtschaftswachstums, das alle Probleme löst, läuft gerade im Norden aus, im Süden der Welt wird es aber immer noch gepredigt.

Alternativen zu einer zerstörerischen Wirtschaftspolitik

Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch in Deutschland auseinander. 25 % der Deutschen (darunter 2,6 Millionen Kinder) sind von Wohlstand abgehängt, und 10 % der privaten Haushalte teilen sich 53 % des Vermögens, dagegen halten 50 % der Bevölkerung 1 % des Vermögens, und wir verzeichnen eine steigende Altersarmut.

Der Arbeitsmarkt hat sich zwar erholt, aber es entstanden überdurchschnittlich viele Minijobs, und fast jeder zweite Arbeitnehmer unter 30 Jahren hat nur einen befristeten Arbeitsvertrag.

Das Diktat der sich immer mehr verdichtenden Arbeit führt zu gesundheitlichen Problemen, schwierigen Familiensituationen und instabilen Partnerschaften.

Das Finanzsystem ist aus den Fugen geraten, Banken leihen nicht mehr vorzugsweise Unternehmen oder Privatleuten Geld, sondern sie spekulieren mit Geld, um aus Geld in möglichst geringer Zeit immer mehr Geld zu produzieren.

Pro Millisekunde werden ohne menschlichen Eingriff, komplett rechnergesteuert, an den Börsen weltweit 3000 Transaktionen getätigt, zum größten Teil spekulative Investments.

Das Geld, das verspekuliert wird, fehlt dann in sozialen Einrichtungen, wie Kindergärten, Schulen, Pflegeheimen, und es wird auch mit Lebensmitteln und Rohstoffen spekuliert.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst weltweit, 100.000 reiche Anleger halten in Steueroasen 21 Billionen US-Dollar, mehr als die Wirtschaftsleistung der USA.

Weltkonzernen gelingt es, ihre individuellen Steuersätze zu minimieren.

Gleichzeitig leben mehr als 2 Milliarden Menschen von weniger als 1 US-Dollar pro Tag.

Dennoch wird auf der Südhalbkugel versucht, das Leben in Europa und den USA zu kopieren, ohne auf die Folgen für die Umwelt und das Klima zu achten.

Wir leben immer mehr nach dem Motto „Nach uns die Sintflut!“ , obwohl wir wissen, dass dies dauerhaft unmöglich ist.

Alternativen zu einer zerstörerischen Wirtschaftspolitik

Wie man in dieser Situation vernünftige Alternativen leben kann, hat Dr. Kessler an einigen Beispielen aufgezählt.

1. Strompreisabgabe im Kanton Basel

Wie geht man bei steigenden Strompreisen mit den Ärmeren um? Lösung ist im Kanton Basel eine Strompreisabgabe, die alle Bürger und Unternehmen zahlen. Unabhängig vom Stromverbrauch erfolgt dann einmal im Jahr eine Rückerstattung, so dass diejenigen, die Energie gespart haben, im Vergleich weniger zahlen als Stromverschwender.

2. Bank GLS (Geben, Leihen, Schenken)

Diese Bank spekuliert nicht mit dem Geld ihrer Kunden, finanziert weder Waffen noch Umweltzerstörung, und die Kunden können den Zweck der durch die Bank vergebenen Kredite mitbestimmen, z.B. für erneuerbare Energien, Kindergärten oder andere ethische Anlagen

3. soziale und ökologische Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen

In Neuss werden bei öffentlichen Ausschreibungen soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt, also keine Pflastersteine aus Kinderhand, keine Aufträge an unter Tarif bezahlende Unternehmen, und Kaffee für die Kantinen kommt nur aus fairem Handel. Inzwischen wirtschaften 250 deutsche Kommunen in dieser Weise, das Potenzial ist noch ausbaufähig, es gibt 11.000 Kommunen in Deutschland.

Der Gesamtumfang dieser Nachfragemacht umfasst 360 Milliarden Euro, und auch bei Kirchengemeinden besteht ein Potenzial von mehreren Milliarden Euro.

4. Bürger-Energiegenossenschaften

Über eine Bürger-Energiegenossenschaft kaufen Bürger gemeinsam Energie aus erneuerbaren Energien ein, um zu erreichen, dass in einem bestimmten Zeitraum der ganze Ort nur noch mit erneuerbaren Energien versorgt wird.

Alternativen zu einer zisterischen Wirtschaftspolitik

5. lokale (Parallel-) Währungen

Durch die Einführung einer lokalen Währung kann erreicht werden, dass lokal Waren und Dienstleistungen eingekauft werden. Die lokale Währung gilt nur in einem bestimmten Gebiet und wird dort in Geschäften und bei Handwerkern angenommen, außerdem werden für jede Transaktion 5 % Rabatt gewährt.

Dies ist ein Beitrag zur Stärkung der lokalen Wirtschaft.

6. Alternative Energien

In einem Modellprojekt wurden in Äthiopien anfänglich gegen den Widerstand der Bevölkerung Solarleuchten statt Petroleumlamen eingeführt. Inzwischen haben die Menschen erkannt, dass sie dadurch Petroleum und damit Geld sparen und dass die Reparatur der Solarleuchten Arbeitsplätze schafft.

Inzwischen gibt es in Einrichtungen Solarlicht, in denen es früher keinen Strom gab.

Entwicklung ohne Umweltbelastung ist also möglich.

Wenn die Politik wirklich Veränderungen will, bieten sich 6 Schritte an.

1. Gerechtere Verteilung des Reichtums in Deutschland

Grundlage einer aktiven Wirtschaftspolitik muss eine Investition des Geldes für die Menschen sein. Eine Vermögensabgabe, ein höherer Spitzensteuersatz, eine höhere Erbschaft- und Schenkungsteuer und eine Luxussteuer könnten dazu beitragen, die Staatsverschuldung zu senken und Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen, beispielsweise Forschung, Entwicklung, ökologische Energiewende, ökologischer Verkehr, Ausbau von Sozialeinrichtungen.

Damit würde das Land gerechter.

2. Mehr soziale Sicherheit nach unten

Eine Grundsicherung für sozial Benachteiligte, ein gesetzlicher Mindestlohn und eine Mindestrente wären wichtige Schritte gegen die Armutrisiken der Bevölkerung.

Alternativen zu einer zisterischen Wirtschaftspolitik

3. Ökologisches Wirtschaften

Wenn, wie im Kanton Basel, die Bürger die Steuern, die auf Energieträger erhoben werden, zurückerhielten, würden diejenigen, die Energie sparen, davon profitieren, ein starker Anreiz zum Energiesparen bei endlichen Energieträgern wie Öl und Gas.

4. Neuer Umgang mit Geld

Um zu ermöglichen, dass das Geld wieder der Realwirtschaft und den Menschen dient, müssen neue Regeln für den Kapitalmarkt eingeführt werden. Insbesondere muss die Eigenkapitalquote der Banken erhöht werden.

Extreme Formen der Spekulation wie die mit Lebensmitteln müssen verboten werden.

Banken müssen für die von ihnen eingegangenen Risiken haften und nicht die Steuerzahler.

Auch eine Finanztransaktionssteuer und ein Mindesthaltedauer für Wertpapiere würden zur Entschleunigung der Finanzmärkte beitragen.

5. Globale Politik

Der Globalisierung der Wirtschaft muss eine globale Politik gegenüberstehen. Beginnen könnte diese in der Europäischen Union zum Beispiel mit einem gesetzlichen Mindestlohn und Mindeststeuern in allen Staaten.

International sollten nur diejenigen Länder am Marktgeschehen teilnehmen dürfen, die soziale Mindeststandards einhalten.

6. Finanztransaktionssteuern

Eine weltweit geltende Finanztransaktionssteuer könnte ähnlich dem Vorgehen beim Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg dazu genutzt werden, in armen Regionen Einkommen zu schaffen, sei es durch regionale Währungen, zinsfreie Kredite oder auch ein Grundeinkommen.

Die Gelder müssten in nachhaltige Projekte investiert werden, wie Versorgung

Alternativen zu einer zisterziensischen Wirtschaftspolitik

mit sauberem Trinkwasser und erneuerbare Energien.

Dann wäre auch für ärmere Länder nachhaltige Entwicklung möglich.

Die Umsetzung dieser Wirtschaftspolitik würde dazu führen, dass wir alle in einer gerechteren Welt leben würden.

Wir kommen auch in kleinen Schritten dieser gerechteren Wirtschaftsordnung näher, wenn wir fair gehandelte Waren kaufen, unser Geld ethisch anlegen, eine regionale Währung schaffen.

Das gilt für jede und jeden, aber auch für Gemeinschaften wie zum Beispiel Kirchengemeinden.

Nur dann, wenn die Menschen sich bewegen, wird sich auch die Politik bewegen.